Rechtsschutz-Versicherung für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst

Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2025
Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia
Produkt: "ARAG RS für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst, v.3 Stand 07/2025 "

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich? Dieses Produkt versichert in den unten aufgeführten Fällen den Rechtsschutz, d.h. die Anwalts-, Gutachter, Gerichts- und Verfahrenskosten, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten anfallen, sowie die finanziellen Verluste für das Risiko betreffend die Kürzung von Führerscheinpunkten.

Was ist versichert?

BASISMODUL

- ✓ Amtshaftung für Verfahren gegen den Versicherten vor dem Rechnungshof.

KOMPLETTMODUL

Neben dem Versicherungsschutz aus dem "Basismodul"

- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeits-delikten/Zuwiderhandlungen
- ✓ Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten
- ✓ Beantragung von Schadenersatz für Personen- und/oder Sachschäden aus unerlaubter Handlung Dritter
- ✓ Beiziehung der Haftpflichtversicherungs-gesellschaft zum Rechtsstreit
- ✓ Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen

Die Police sieht einen Höchstbetrag von € 20.000 pro Schadensfall und pro Versicherungsjahr vor.

Rückwirkende Kraft (Optional)
Plus (Optional)

Was ist nicht versichert?

- ✘ nachgewiesene Tatsachen, die zur kommissarischen Verwaltung der öffentlichen Körperschaft, bei welcher der Versicherte beschäftigt ist, geführt haben
- ✘ Streitigkeiten mit der öffentlichen Körperschaft, bei welcher der Versicherte beschäftigt ist
- ✘ Streitigkeiten und/oder Verfahren, die aus der Zeichnung derivativer Finanz-instrumente herrühren
- ✘ vorsätzlich begangene Straftaten der Versicherten
- ✘ Verfahren vor dem regionalen Verwaltungsgericht (TAR)

Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

- ! Bei verwaltungsrechtlichen Geldstrafen gilt die Leistung, wenn die für den alleinigen Verstoß verhängte Strafe € 1.000 oder mehr beträgt.
- ! Es ist eine Karenzzeit von 90 Tagen für Vertragsstreitigkeiten vorgesehen. Während dieser Zeit gilt die Police nicht für diese Art von Streitigkeiten.

Wo gilt der Versicherungsschutz?

- ✓ Mit dem Basismodul sind Sie versichert für Schadensfälle, die in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino eingetreten sind und dort von den zuständigen Gerichtsbehörden behandelt werden müssen.
- ✓ Mit dem Komplettmodul sind Sie versichert für Schadensfälle, die in einem der folgenden Länder eingetreten sind und dort von den zuständigen Gerichtsbehörden behandelt werden müssen:
  - in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten, bei Strafverteidigung, bei Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten;
  - in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein bei Beiziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit;
  - in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino bei Streitigkeiten in Verwaltungssachen.
- ✓ Nicht versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die außerhalb der genannten Länder eintreten.

Welche Pflichten habe ich?

- Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.

Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie muss bei Ausstellung der Police und bei deren Verlängerung bezahlt werden. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienerhöhung um 4% mindestens aber um € 5.
In diesem Fall werden die Raten zu den halbjährlichen Fälligkeiten bezahlt.
Bezahlen können Sie mit Bank- oder Postüberweisung, nicht übertragbarem Bank-, Zirkular- oder Postscheck, Posterlagschein, Postanweisung, Bargeld, Kredit- und Debitkarten.

Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie und eventuelle Zusatzleistungen bezahlt wurden; anderenfalls beginnt er um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.
Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr.

Wie kann ich die Police kündigen?

Wenn Sie den Vertrag kündigen wollen, schicken Sie die Kündigung mindestens 30 Tage vor Fälligkeit der Versicherung per Einschreiben an das Postfach 61 - 26100 Cremona (CR) oder per Fax.
Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Kündigungsfrist von mindestens 15 Tagen per Einschreiben mit Rückantwort, rechtlich gleichwertigen Mitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.

Rechtsschutzversicherung
für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden
Produkt: "ARAG RS für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst v.3 Ed. 07/2025"

Zweck. Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden (DIP), damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, insbesondere die Versicherungsdeckungen, Einschränkungen, Ausschlüsse und Kosten, sowie die Vermögenslage des Unternehmens besser einschätzen kann.
Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

Gesellschaft. ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia: 37135 Verona, Viale del Commercio 59. Tel.: 045 8290411. Internetadresse: www.arag.it - E-mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it. Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN LETZTEN GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2024.
Summe der Eigenmittel: € 544 Millionen, berechnet nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen und -bestimmungen (HGB).
Geschäftsjahresgewinn: € 50 Millionen.
Anteil der Eigenmittel in Form von: Gesellschaftskapital € 100 Millionen und nichtversicherungstechnische Rücklagen € 394 Millionen.
Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist in dem Dokument "Solvency and Financial Conditions Report ARAG SE" auf der Webseite https://www.arag.com/en/press/publications/ verfügbar.
Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2024: 298,10 %.
Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, das von der BaFin genehmigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.

Produkt

Was ist versichert?

Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die im Dokument „Informationen zum Versicherungsprodukt" zu den Versicherungsleistungen enthalten sind.

Welche Optionen / individuelle Gestaltungen sind möglich?

OPTIONEN MIT PRÄMIENREDUZIERUNG (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)	
Verringerung der Prämie aufgrund der Anzahl versicherter Ämter	Falls der Versicherte mehrere Ämter bekleidet, ist eine prozentuale Tarifreduzierung vorgesehen, die je nach der Anzahl der versicherten Ämter variiert.
OPTIONEN MIT BEZAHLUNG EINER ZUSATZPRÄMIE (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)	
Plus	Wahlämter und Ergänzung der von der Körperschaft übernommenen Kosten.
Rückwirkung	Strafverteidigung und Verteidigung vor dem Rechnungshof für Umstände, die vor Vertragsabschluss eingetreten sind.

Was ist NICHT versichert?

Ausschlüsse Neben den Ausschlüssen, die im DIP (Informationen zum Versicherungsprodukt) bereits genannt wurden, gelten die Leistungen nicht für Schadensfälle im Zusammenhang mit:
- dem Familien-, Erbschaft- oder Schenkungsrecht;
- Steuersachen;
- öffentlichen Aufständen oder inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik, Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen

- Tätigkeiten in Verbindung mit dem Bereich Atomkraft, vom Versicherten verursachten nuklearen oder genetischen Schäden, mit Ausnahme von Schäden, die durch medizinische Behandlung entstanden sind;
- erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen;
- Patent-, Marken-, Urheber-, oder Exklusivrechten, Wettbewerbsbeeinflussung, unlauterem Wettbewerb oder Kartellbestimmungen;
- dem Kauf/Verkauf von Gesellschaftsanteilen oder Streitigkeiten zwischen Verwaltungsratsmitgliedern und/oder Gesellschaftern oder zwischen diesen und dem Versicherungsnehmer;
- der Verkehrsteilnahme von Fahrzeugen, dem Eigentum oder dem Lenken von Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen, Schienenfahrzeugen oder Seilbahnen;
- nicht zufälligen Ereignissen der Umweltverschmutzung
- Fusionen, Veränderungen, Umstellungen von Gesellschaften;
- der Herstellung oder dem Vertrieb von Sprengstoffen oder der Herstellung von Waffen oder militärischer Ausrüstung;
- Streitigkeiten mit der Gesellschaft;
- dem Beitritt zu einer Class Action;
- der Strafverteidigung wegen Kindesmisshandlung

Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

Neben den im DIP bereits genannten Einschränkungen sieht die Versicherung ausdrücklich Regressmaßnahmen gegenüber dem Versicherungsnehmer/Versicherten für die Beträge vor, die von der Gesellschaft getragen oder vorgestreckt wurden, sofern sie von der Gegenpartei ersetzt werden.

An wen wendet sich dieses Produkt?

Der Kunde, für den das Produkt bestimmt ist, ist die natürliche Person, die in der Italienischen Republik ansässig ist und der Rechtsprechung der Verwaltungs-/Rechnungsgerichtsbarkeit untersteht, die sich kurz- und langfristig gegen das Risiko absichern will, für eventuelle Anwalts- und Gutachterkosten für die Bearbeitung von Streitigkeiten, in der gerichtlichen und in der außergerichtlichen Phase, im Zusammenhang mit folgenden Bereichen aufkommen zu müssen:

- Tätigkeit als Verwalter und/oder Angestellter einer öffentlichen Körperschaft (zum Beispiel Strafverteidigung)
- Öffentliches Wahlamt (zum Beispiel Verteidigung vor dem Rechnungshof).

Der Kunde kann das Produkt ohne fachspezifische Kenntnisse verstehen.

Welche Kosten muss ich tragen?

ARAG tritt im Durchschnitt an die Vermittler 25,57 % der Nettoprämie ab.

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?

Bei der Versicherungs-gesellschaft	Beschwerden sind an ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia - Servizio Reclami (Beschwerdeabteilung) zu richten: auf dem ordentlichen Postweg, Viale del Commercio 59, 37135 – Verona VR oder per E-Mail, servizio.reclami@arag.it. ARAG antwortet innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde. **Beschwerden über das Verhalten der Vermittler und deren Angestellten/Mitarbeiter** **ARAG-Agenten:** ARAG bearbeitet die Beschwerde innerhalb von 45 Tagen ab Eingang oder innerhalb von 60 Tagen, falls zusätzliche Informationen eingeholt werden müssen. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls ergänzende Ermittlungen notwendig sind. **Banken und Broker:** Der Versicherungsnehmer muss die Beschwerde an den Vermittler richten, der sie direkt bearbeitet. Erhält ARAG eine solche Beschwerde, wird sie diese unverzüglich an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.
Bei der Aufsichts-behörde	Ist die Antwort auf die Beschwerde nicht zufriedenstellend oder verspätet, kann die Aufsichtsbehörde IVASS (www.ivass.it) angeschrieben werden, auf dem ordentlichen Postweg, Via del Quirinale 21 - 00187 Roma; per Fax 06.42133206; per PEC ivass@pec.ivass.it. Das **Formular** für eine Beschwerde bei der IVASS findet sich unter www.ivass.it in der Sektion "Per i consumatori – Reclami". **An die Aufsichtsbehörde gerichtete Beschwerden müssen enthalten:** • Name, Familienname und Adresse des Beschwerdeführers, mit eventuellen Telefonnummern • Angabe des Subjekts bzw. der Subjekte, deren Vorgangsweise reklamiert wird • eine kurze und umfassende Beschreibung des Beschwerdegrunds • Kopie der Beschwerde, die bei der Gesellschaft oder dem Vermittler eingereicht wurde, und der eventuell erhaltenen Antwort

	• alle sonstigen Unterlagen, die nützlich sind, um die Umstände genauer zu beschreiben. ARAG SE hat ihren Geschäftssitz in Deutschland und ist in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig. Sie untersteht der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an welche ebenfalls Beschwerden gerichtet werden können.
VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:	
Mediation (obligatorisch)	mit einer Mediationsstelle aus der Liste des Justizministeriums unter www.giustizia.it
Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung	mit Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei ARAG
Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten	ARAG verpflichtet sich, bei der Angebotsstellung und bei der Vertragsabwicklung Interessenskonflikte zu vermeiden. Sind sich ARAG und der Versicherte über die Schadenbearbeitung uneinig, können sie einen Schiedsrichter benennen. Bei Streitigkeiten zwischen dem Versicherungsnehmer als Verbraucher und dem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat kann sich der in Italien ansässige Beschwerdeführer richten an: • die IVASS, welche die Beschwerde an die für die außergerichtliche Beilegung der Streitigkeit zuständige ausländische Stelle weiterleitet und den Beschwerdeführer über die Antwort informiert • oder direkt an die zuständige ausländische Stelle (http://www.ec.europa.eu/fin-net) des EU-Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem der Versicherer seinen Sitz hat, wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, ein Netz der Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.

STEUERN	
Auf den Vertrag anwendbare Steuer-bestimmungen	Zusätzlich zu den Regelungen, die im DIP (Informationen zum Versicherungsprodukt) bereits genannt wurden, umfasst die Prämie den geltenden differenzierten Steuersatz, je nach den eventuell erworbenen Leistungen: • 12,50% der Jahresprämie für die Leistungen der Sparte Rechtsschutz bezogen auf den Straßenverkehr • 21,50% für die Rechtsschutzleistungen in anderen Bereichen als Straßenverkehr • 13,50% für die Leistungen Finanzielle Verluste wie im Policenschein angegeben. Das Gesetz sieht keine Steuerabzüge vor.

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. *HOME INSURANCE*). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN UND DEN VERTRAG TELEMATISCH VERWALTEN.

Rechtsschutzversicherung für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst

Versicherungsbedingungen einschließlich Glossar

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia
Produkt: "ARAG RS für Verwalter und Angestellte im öffentlichen Dienst, v.3" Stand.07/2025

Glossar

Folgenden Begriffen ordnen die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer vereinbarungsgemäß die jeweils angegebene Bedeutung zu:

Amtshaftung, Rechnungshaftung und Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder: Die Haftung, die eine Verwaltung öffentlicher Güter, Werte oder Gelder durch einen Versicherten voraussetzt, der als Rechnungsbeamter fungiert und der durch die Nichterfüllung von Schuldigkeiten und Pflichten im Zusammenhang mit seinem Anstellungs-, Auftrags- oder Dienstverhältnis einen Vermögens- oder Haushaltsverlust für die Körperschaft, bei der er beschäftigt ist, für eine andere öffentliche Körperschaft oder allgemein für den Staat bzw. die öffentliche Verwaltung verursacht hat.
Anwaltskosten: Gesetzliche Honorare und Gebühren des Verteidigers.
Außergerichtlicher Beistand: Tätigkeit zur Beilegung jeglicher Streitfrage, bevor das Gericht angerufen wird und um dies zu vermeiden.
Außervertragliche Haftung: Haftungspflicht einer Partei, die der anderen Partei einen durch unerlaubte Handlung verursachten Schaden ersetzen muss.
Cyber-Risiko: Verstoß gegen ein Gesetz oder einen Vertrag, der mit Instrumenten der Informatik oder Telematik begangen wird und der den Zugang zu IT-Systemen oder -Instrumenten verhindert, der selbige blockiert, beschädigt, zerstört oder darin enthaltene Daten einfängt oder verbreitet
Einziger Schadensfall: ein schädigendes Ereignis bzw. ein Streitfall, in das/den mehrere Versicherte involviert sind.
Entschädigung: Der Betrag, den die Gesellschaft im Schadensfall bezahlen muss.
Fahrlässigkeitsdelikt: Als Fahrlässigkeitsdelikt gilt nur jenes, das ausdrücklich vom Strafgesetz als solches vorgesehen (und als solches angefochten) wird und das aus Nachlässigkeit, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung von Gesetzen, aber ohne den Willen oder die Absicht zur Verursachung des schädigenden Ereignisses begangen wird.
Festgesetzte Kosten: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten, die dem Anwalt zustehen.
Gegenpartei: die gegnerische Partei in einer Streitsache.
Gerichtlicher Beistand: Verteidigung durch einen Rechtsanwalt, wenn dem Richter die Entscheidung über den Streitgegenstand überlassen wird.
Gerichtskosten: Prozesskosten, die der Verurteilte in einem Strafverfahren an den Staat bezahlen muss. Im Zivilverfahren hingegen werden die Verfahrenskosten von den Parteien im Zuge der Prozesshandlungen bezahlt; am Ende kann die unterliegende Partei zur Rückerstattung verurteilt werden.
Gesellschaft: das Versicherungsunternehmen **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**
Gutachterkosten: Beträge, die den vom Richter oder von den Parteien ernannten Gutachtern zustehen.
Informationsbroschüre: Die Gesamtheit der schriftlichen Informationen, die dem potentiellen Kunden vor Unterzeichnung des Vertrages oder des Versicherungsangebots auszuhändigen ist und die folgende Teile umfasst: die Zusatzinformation einschließlich Glossar, die Versicherungsbedingungen, das Angebotsformular, sofern vorgesehen.
Ivass (vorherige Bezeichnung Isvap): die italienische Behörde für die Versicherungsaufsicht (Istituto di Vigilanza per le Assicurazioni).
Kosten bei Unterliegen: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten. Es unterliegt die Partei, deren rechtliche Forderungen vom Richter nicht als begründet anerkannt wurden.
Kosten für die Domizilierung: Kosten des Anwalts, der im Gebiet der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde niedergelassen ist, falls der vom Versicherten beauftragte Anwalt außerhalb dieses Gebiets ansässig ist.
Kündigung: Vorgang, mit dem die Absicht mitgeteilt wird, den Versicherungsvertrag nach Auslaufen nicht zu erneuern.
Körperschaft, bei welcher der Versicherte beschäftigt ist: Die öffentliche Verwaltung (auch Gesundheitswesen), mit welcher der Versicherte ein Anstellungsverhältnis, ein Auftragsverhältnis oder ein Dienstverhältnis hat bzw. hatte.

Mediation: Ein rechtliches Verfahren, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010 eingeführt wurde, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen privaten Subjekten bezogen auf verfügbare Rechte.
Mediationsstelle: Mediationsverfahren können nur durch öffentliche und private Stellen abgewickelt werden, die in das entsprechende Register beim Justizministerium eingetragen sind. Die Anforderungen und Modalitäten für die Eintragung sind in einem einschlägigen Ministerialdekret geregelt.
Nebenklage: Zivilklage im Rahmen eines Strafverfahrens.
Neues Amt: Die Tätigkeit, die der Versicherte ausübt, nachdem er nach Abschluss der Versicherung von der Körperschaft, bei welcher er beschäftigt ist, bzw. von der öffentlichen Verwaltung allgemein eine entsprechende formelle Beauftragung erhalten hat.
Öffentliche Verwaltung: Jede juristische Person (wie z.B. Gemeinden, Provinzen, Regionen, Berg-/Inselgemeinschaften u.ä., Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Regionale Umweltschutzagenturen, Sanitätsbetriebe oder Gesundheitsbezirke, öffentliche Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime, Apotheken, Universitäten, Flughäfen, Hafenbehörden, Forstbetriebe/Parks, verschiedene Körperschaften oder Verbände/Stiftungen, Museen, öffentlich-rechtliche Organismen und funktionelle Körperschaften im Allgemeinen), deren Tätigkeit der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegt.
Öffentliches Wahlamt: Die Tätigkeit, die vom Versicherten bei der öffentlichen Verwaltung durchgeführt wird, mit welcher der Versicherte ein Anstellungsverhältnis, ein Auftragsverhältnis oder ein Dienstverhältnis hat, dass er durch eine Wahl bekam.
Police: Das Vertragsdokument, das die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Versicherungsnehmer und dem Versicherten regelt, bestehend aus den Versicherungsbedingungen.
Prämie: der Betrag, den der Versicherungsnehmer der Gesellschaft als Vergütung für die Versicherung schuldet.
Rechtskräftiges (definitives) Urteil: Als rechtskräftig bezeichnet man eine unumstößliche Verfügung, d.h. eine Verfügung, gegen die keine ordentlichen Rechtsmittel mehr eingelegt werden können, entweder weil die entsprechende Frist abgelaufen ist, oder weil bereits sämtliche Rechtsmittel erschöpft wurden. Eine rechtskräftige Verfügung ist somit durch ein unumstößliches Urteil gekennzeichnet, zu dem sich kein Richter erneut aussprechen kann.
Rechtsschutz: Die Rechtsschutzversicherung gemäß Gesetzesdekret Nr. 209 vom 07.09.2005 – Art. 163/4 und 173/4 und verbundene.
Reisekosten: Reise- und Unterbringungskosten, die der Kunde seinem Anwalt zahlen muss, wenn dieser zur Ausübung des erhaltenen Auftrags sein berufliches Domizil verlassen muss.
Rücktritt: Vorgang, mit dem eine der Parteien sich bei Eintritt bestimmter Bedingungen unilateral aus einem Vertragsverhältnis zurückziehen kann.
Sachverständiger: Freiberufler, der vom Versicherungsunternehmen damit beauftragt wird, das Ausmaß des Schadens zu schätzen, den der Versicherte bzw., im Falle von Haftpflichtversicherungen, der geschädigte Dritte durch den Versicherungsfall erlitten hat.
Schadensfall: Eintritt des schädigenden Ereignisses, das im Versicherungsvertrag vorgesehen ist. Unter einem schädigenden Ereignis ist, je nach Art des Streitfalles, zu verstehen:
- ein vom Versicherten verursachter oder erlittener, effektiver oder angeblicher Schaden;
- eine effektive oder angebliche Vertragsverletzung;
- eine effektive oder angebliche Verletzung von Gesetzesbestimmungen.

Schiedskosten: Die Kosten für die Aufnahme des Schiedsverfahrens und die Honorare des gewählten Schiedsrichters.
Schiedsspruch: System, mit dem die Parteien in gemeinsamem Einvernehmen darauf verzichten, zur Lösung von Streitfragen betreffend die Auslegung oder Umsetzung des Vertrages die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen.
Stillschweigende Verlängerung: Eine Klausel, die bei Auslaufen des Vertrages eine automatische Verlängerung vorsieht.
Strafantrag: Eine Person, die sich durch Delikte verletzt oder geschädigt fühlt, die nicht von Amts wegen verfolgt werden, beantragt mit einem Strafantrag, dass gerichtlich gegen den Täter vorgegangen wird.
Straftat: Verstoß gegen strafrechtliche Bestimmungen. Straftaten unterscheiden sich in Delikte oder Zuwiderhandlungen und ziehen unterschiedliche Strafen nach sich, Haft- und/oder Geldstrafen (für Delikte: Freiheitsstrafe, Geldbuße; für Zuwiderhandlungen: Verhaftung, gebührenpflichtige Verwarnung). Weiter sind Delikte auf subjektiver Grundlage unterteilt in fahrlässige, erfolgsqualifizierte und vorsätzliche Delikte, während bei Zuwiderhandlungen der Wille irrelevant ist.
Strafverfahren: Das Strafverfahren beginnt mit der Beanstandung einer angenommen Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen, die der Person normalerweise in Form einer Mitteilung über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens zugestellt wird. Letztere enthält Angaben über die verletzte Bestimmung und die Art der entsprechenden Straftat (fahrlässig – vorsätzlich – erfolgsqualifiziert).
Streitwert: Festlegung des Wertes, um den es bei einem Streitfall geht.
Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, geregelt durch die Gesetzesverordnung Nr. 132 vom 12. September 2014, in dem die Parteien vereinbaren, in gutem Glauben und loyal zusammenzuarbeiten, um die Streitigkeit mit Unterstützung durch Anwälte , die bei der Kammer eingetragen sind, gütlich zu lösen.
Unerlaubte Handlung: Übertretung einer Gesetzesbestimmung zum Schutz der Kollektivität oder Verhaltensweise, die das absolute Recht des Individuums verletzt.

Vergleich: Vereinbarung, mit welcher die Parteien sich gegenseitige Zugeständnisse machen und dadurch einen zwischen ihnen entstandenen Streitfall lösen oder einem solchen vorbeugen.
Verjährung: Erlöschen eines Rechtsanspruchs, weil er nicht innerhalb einer gesetzlich vorgesehenen Zeit ausgeübt wird.
Versicherter: Das Subjekt, dessen Interessen durch die Versicherung geschützt sind.
Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das die Versicherung abschließt.
Vorausgegangenes Amt: Tätigkeit, die der Versicherte vor Abschluss der Versicherung bei der öffentlichen Verwaltung bereits ausgeübt hatte, die aber im Abschlussformular nicht angegeben ist.
Vorsatzdelikt: Jegliches Delikt, das nicht unter die ausdrücklich vom Gesetz vorgesehene Definition des Fahrlässigkeits- oder des erfolgsqualifizierten Deliktes fällt.

Allgemeine Versicherungsbedingungen

Definitionen: Siehe Glossar.

Art. 1 – Gegenstand des Versicherungsvertrages

1.Die Gesellschaft versichert die Anwaltskosten, die Gutachterkosten, die Gerichts-, Verfahrens- und Ermittlungskosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind und die für die Verteidigung der Interessen des Versicherten **in den in der vorliegenden Police genannten Fällen** notwendig sind. Versichert ist die Betreuung durch **einen einzigen Rechtsanwalt** in jeder Instanz sowie die eventuellen Kosten, die dem Versicherten bei Unterliegen auferlegt werden. Die Anwaltskosten sind auch dann versichert, wenn der Rechtsstreit durch Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung oder unter Einbeziehung einer Mediationsstelle geregelt wird. Weiter sind die eventuell vom Versicherten getragenen Kosten der Mediationsstelle in Fällen der obligatorischen Mediation und die Schiedsrichterkosten abgedeckt.

2. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind für maximal 2 (zwei) Versuche pro Schadensfall abgedeckt.

3. Die Kosten für die Stellung des Strafantrags werden nur anerkannt, wenn ein Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei eingeleitet wird.

4. Nicht durch die Versicherung abgedeckt sind Erfolgshonorare, die zwischen dem Versicherten und dem Rechtsanwalt vereinbart werden.

5. Ausgeschlossen sind die Reisekosten und, falls die Domizilierung erforderlich ist, jegliche Doppelhonorare.

6. Zu Lasten des Versicherten gehen Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit dem Schadensfall, der Prämie und/oder der Police.

7. Die Gesellschaft übernimmt nicht die Bezahlung von gebührenpflichtigen Verwarnungen, Geldbußen oder Geldstrafen im Allgemeinen und keine Kosten, die zugunsten von Nebenklägern im Strafverfahren gegen den Versicherten festgesetzt werden.

8. Für die vorliegende Police ist die italienische Sprache maßgeblich.

Art. 2 - Angaben und Erklärungen. Erhöhung und Verringerung des Risikos

1. Ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.

2. Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.

3. Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.

Art. 3 - Weitere Versicherungen

Der Versicherte muss die Gesellschaft über das Bestehen bzw. den nachfolgenden Abschluss weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko informieren und im Schadensfall alle Versicherer unter Nennung der anderen Versicherer benachrichtigen.

Art. 4 – Wirksamkeit und Laufzeit des Vertrages

1. Der Vertrag erlangt Wirksamkeit ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie bezahlt wurde; **anderenfalls wird sie ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages wirksam, an dem die Zahlung erfolgt**, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.

2. Die Versicherungsleistung wird für Schadensfälle erbracht, die eintreten:

- während der Laufzeit des Vertrages, wenn es um einen außervertraglichen Schaden bzw. angeblichen außervertraglichen Schaden geht, den der Versicherte verursacht oder erlitten hat, oder wenn es um die Verletzung bzw. angebliche Verletzung straf- oder verwaltungsrechtlicher Gesetzesvorschriften geht;

- 3 (drei) Monate nach Gültigkeitsbeginn des Vertrages, in allen anderen Fällen.

3. Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice ausgestellt, so gilt die Karenzzeit von 3 (drei) Monaten nicht für all jene Leistungen, die bereits mit der vorherigen Police abgedeckt waren, während sie ihre Gültigkeit für all jene Leistungen behält, die mit dem vorliegenden Vertrag neu aufgenommen wurden. Es ist Aufgabe des Versicherungsnehmers, bei der Schadensmeldung den Nachweis für das Bestehen einer vorherigen Rechtsschutzpolice zu liefern.

4. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit. **Ergeht keine Kündigung mittels Einschreiben, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax, das mindestens 30 (dreißig) Tage vor Fälligkeit abgeschickt wird, so verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um 1 (ein) Jahr**.

Art. 5 – Rücktritt im Schadensfall

1. Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. (dreißigsten) Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 (fünfzehn) Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.
2. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

Art. 6 - Bezahlung der Prämie und Aussetzung der Versicherungsdeckung

1.Die Prämie wird immer für 1 (ein) Jahr berechnet und wird stets in voller Höhe geschuldet, auch wenn Ratenzahlung gewährt wurde.
2.Bezahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so ruht die Versicherung ab 24 (vierundzwanzig) Uhr *des AGENZIE 15. (fünfzehnten) / BROKER / BANCHE 30* (dreißigsten) auf die Fälligkeit folgenden Tages und beginnt ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen, unbeschadet der weiteren Fälligkeiten. In einem solchen Fall kann die Gesellschaft per Einschreiben den Vertrag wegen Nichterfüllung für gelöst erklären; ihr Recht, die Bezahlung der fälligen Prämien zu verlangen, wird hiervon nicht berührt.
3.Die Prämien sind an die Gesellschaft bzw. an den beauftragten Vermittler zu bezahlen.

Art. 7 - Eintritt des Schadensfalles

1. Im Sinne des vorliegenden Vertrages versteht man unter Eintritt des Schadensfalles **das Datum**, **an dem das Schadenereignis eintritt, je nach Art der Streitigkeit verstanden als:**
- den außervertraglichen Schaden bzw. angeblichen außervertraglichen Schaden, den der Versicherte erlitten oder verursacht hat;
- die Vertragsverletzung bzw. angebliche Vertragsverletzung;
- die Verletzung bzw. angebliche Verletzung von Gesetzesvorschriften;
- das Verhalten oder die Verletzung bzw. angebliche Verletzung von vertraglichen oder gesetzlichen Vorschriften mit daraus resultierendem Schaden für die Staatskasse.

2. Bei Vorliegen mehrerer Schadenereignisse derselben Art wird zur Festlegung des Datums, an welchem der Schadensfall eingetreten ist, auf den Zeitpunkt des ersten Schadenereignisses Bezug genommen.
3. Als **einziger Schadensfall** in jeder Hinsicht gelten **ein oder mehrere Schadenereignisse, die miteinander verbunden sind oder miteinander in Zusammenhang stehen oder auf denselben Kontext zurückzuführen sind, auch wenn mehrere Personen involviert sind. Das Eintrittsdatum entspricht dem Datum, an dem das erste Schadenereignis eingetreten ist.**

Art. 8 – Fristen für die Schadensmeldung und Beibringung der Beweismittel

1. Als aktive Vertragspartei muss der Versicherte der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, und auf jeden Fall unter Einhaltung der Verjährungsfrist für die durch den Vertrag bedingten Ansprüche.
2. Die Schadensmeldung muss bei der Gesellschaft spätestens 24 (vierundzwanzig) Monate nach Beendigung des Vertrages eingehen.
3. Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung im direkten Anschluss an eine vorherige Police der Gesellschaft ausgestellt, so läuft die Frist für die Schadensmeldung für alle Policen ab dem Auslaufdatum der jüngsten Police. Hat der Versicherte, nach Beendigung eines oder mehrerer Ämter, mit einer neuen Police, die ohne Unterbrechung der Versicherungsdeckung ausgestellt wurde, die neuen Ämter versichert, erstreckt sich der Versicherungsschutz für das beendete Amt auf Schäden, die während der Laufzeit der vorherigen Police eingetreten sind und die der Gesellschaft in den von der neuen Police vorgesehenen Fristen gemeldet werden.
4. Im Falle von Pensionierung oder Tod des Versicherten oder bei Beendigung der Tätigkeit des Versicherten bei der öffentlichen Verwaltung **aus jeglichem Grund, mit Ausnahme von gerechtfertigter Entlassung,** während der Laufzeit der Police, **bleibt die Versicherung für Schäden wirksam, die der Gesellschaft innerhalb von 10 (zehn) Jahren ab dem ersten Auslaufdatum nach den vorgenannten Fällen von Pensionierung, Ableben oder Beendigung der Tätigkeit gemeldet werden. In diesen Fällen ist der Versicherungsschutz wirksam, sofern der Schadensfall während der Gültigkeitszeit der Versicherung,** aber nicht nach Pensionierung, Tod oder Beendigung der Tätigkeit bei der öffentlichen Verwaltung **eingetreten ist.**
5. Der Versicherte muss die Gesellschaft unverzüglich, vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Schadensfalles unterrichten sowie Beweismittel, Unterlagen und eventuelle weitere bestehende Versicherungsverträge angeben, auch wenn sie von der öffentlichen Körperschaft, bei welcher er beschäftigt ist, oder von anderen Dritten abgeschlossen wurden, und auf Verlangen zur Verfügung stellen. Wird diese Vorgabe nicht erfüllt, **kann die Gesellschaft nicht für eventuelle Verspätungen bei der Bewertung der Versicherungsdeckung oder bei der Schadenbearbeitung sowie für eventuell eintretende Verjährungen oder Verwirkungen haftbar gemacht werden**. **Der Versicherte verpflichtet sich außerdem,**

den Schadensfall den anderen Versicherern zu melden und eine Kopie des Antwortschreibens von den jeweiligen Gesellschaften zu liefern.
6. Der Versicherte verpflichtet sich, auf Antrag der Gesellschaft bei der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist, den Zugang zu den Akten zu beantragen, die für die Bearbeitung des Versicherungsfalles notwendig sind, und die entsprechenden Unterlagen zu liefern.

Art. 9 – Schadenbearbeitung

1. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft **die Gesellschaft** zunächst die Versicherungsdeckung und die Möglichkeiten, die Ansprüche des Versicherten erfolgreich geltend zu machen, und **nimmt sodann die außergerichtliche Bearbeitung des Streitfalles auf, um eine gütliche Einigung herbeizuführen. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die außergerichtliche Bearbeitung, auch vor Mediationsstellen, Anwälten ihrer Wahl zu übergeben.**
2. Sollte der Versuch der außergerichtlichen Einigung oder die Mediation nicht gelingen, teilt der Versicherte der Gesellschaft **die Beweiselemente und/oder die Argumente mit, auf denen die Klage bzw. die Abwehr im Verfahren aufbauen soll, damit die Gesellschaft die Erfolgsaussichten prüfen kann. Fällt diese Bewertung positiv aus**, wird die Schadenbearbeitung dem gemäß Art. 10 gewählten Rechtsanwalt **zur gerichtlichen Bearbeitung** übergeben.
3. In Strafverfahren oder vor dem Rechnungshof wird die Verteidigung direkt dem gemäß Art. 10 gewählten Anwalt übergeben.
4. Der Versicherungsschutz wird auch für jede höhere Instanz gewährt, sofern **die Rechtsmitteleinlegung Aussichten auf Erfolg bietet.**
5. Auf jeden Fall muss die Deckung der Rechtsanwaltskosten für die vergleichsweise Regelung des Streitfalles, für die Aufnahme des Rechtsstreits oder für die Einlassung in den Rechtsstreit sowie für die Kostenübernahme des Parteigutachters **im Voraus von der Gesellschaft bestätigt werden.**
6. Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit der Gutachter.

Art. 10 – Freie Wahl des Rechtsanwalts für die gerichtliche Phase

1. **Begrenzt auf die gerichtliche Phase** und in jedem Fall, wenn eine Verteidigung vor dem Strafgericht oder vor dem Rechnungshof notwendig ist, hat der Versicherte das Recht, den Anwalt zur Verteidigung seiner Interessen frei zu wählen. **Der Rechtsanwalt muss am Ort der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde** oder **am Wohnort des Versicherten ins Anwaltsverzeichnis eingetragen sein. Im zuletzt genannten Fall liefert die Gesellschaft, wenn die Notwendigkeit besteht, den Namen des Domiziliaten.**
2. Dem so festgelegten Anwalt muss der Versicherte auf jeden Fall ein reguläres Mandat zur Bearbeitung des Streitfalles bzw. zur Strafverteidigung erteilen.
3. **Der Versicherte verpflichtet sich, unter Einhaltung des Rechts auf freie Wahl des Rechtsanwalts, die Bestimmungen zum Thema Rechtsbeistand für Angestellte des öffentlichen Dienstes einzuhalten; hält er diese Bestimmungen nicht ein, gehen die eventuellen Antwaltskosten, die von der Körperschaft, bei welcher er beschäftigt ist, aus diesem Grunde nicht anerkannt werden, zu seinen Lasten. Bei der Schadensmeldung nennt der Versicherte der Gesellschaft den gewählten Anwalt.**
1. **Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit der Anwälte.**

Art. 11 – Uneinigkeit mit der Gesellschaft und Interessenskonflikt

1. Bei Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft kann die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet; dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, sofern keine Einigkeit erzielt wird, vom Präsidenten des gemäß Zivilprozessordnung zuständigen Landgerichts ernannt. **Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedsspruches.** Alternativ dazu können die Gerichtsbehörden angerufen werden, nachdem der Mediationsversuch durchgeführt wurde.
2. Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit der Gesellschaft hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.

Art. 12 - Beitreibung von Geldbeträgen, die von der Gesellschaft vorgestreckt wurden

1.Hat die Gesellschaft sie vorgestreckt, stehen ihr die Honorare und Kosten zu, die dem Versicherten aufgrund einer gerichtlichen Verfügung oder im Rahmen eines Vergleichs von der Gegenpartei erstattet werden.
2.Immer dann, wenn ein Betrag gemäß Art. 1 bezahlt wurde, behält die Gesellschaft sich die Ausübung des Eintrittsrechts gegenüber Dritten vor.

Art. 13 – Örtlicher Geltungsbereich

PER MODULO BASE
Die Leistungen gelten für Schadensfälle, die in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino eingetreten sind und dort von den zuständigen Gerichtsbehörden behandelt werden müssen.

PER MODULO COMPLETO
Die Leistungen gelten für Schadensfälle, die in einem der folgenden Länder eingetreten sind und dort von den zuständigen Gerichtsbehörden behandelt werden müssen:
- **in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten,** bei Strafverteidigung, bei Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten;
- **in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein** zur Beiziehung zum Rechtsstreit der Haftpflichtversicherungsgesellschaft;
- **in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino** bei Streitigkeiten in Verwaltungssachen.

Art. 14 – Pflicht anderer Subjekte zur Bezahlung der Anwaltskosten und gleichzeitiges Bestehen einer Haftpflicht- oder Rechtsschutzversicherung

1.Die mit vorliegender Police versicherten Leistungen werden nur dann erbracht, wenn keine anderen Subjekte aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen in der Leistungspflicht stehen. Die Police ist deshalb nicht wirksam, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, dass der Versicherte kraft gesetzlicher oder tarifvertraglicher Bestimmungen oder durch sonstige Umstände auch nur partiell von der Bezahlung der Kosten schadlos gehalten wird.
2.Ist das Risiko, das Gegenstand der vorliegenden Police ist, vollständig oder teilweise auch durch andere Versicherungen abgedeckt, die Schutz gewähren für:
- die Haftpflicht des Versicherten oder der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist,
- den Rechtsschutz des Versicherten, durch eine nach der vorliegenden Police abgeschlossenen Versicherung, oder der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist,
wirkt die vorliegende Police, im Rahmen des Höchstbetrags, der versicherten Leistungen und der eventuell erworbenen Zusatzbedingungen im Zweitrisiko, d.h. nachdem die Versicherungssumme ausgeschöpft wurde, die der Haftpflicht- oder Rechtsschutzversicherer für Abwehr- und Unterliegenskosten zu zahlen verpflichtet ist, bzw. für den von diesen nicht abgedeckten Teil des Risikos.
3.In allen anderen Fällen wirkt die vorliegende Police, begrenzt auf den Höchstbetrag, die versicherten Leistungen und die eventuell erworbenen Zusatzbedingungen, im Erstrisiko.

Art. 15 – Regressrecht

Der Versicherte tritt alle Rechte auf Rückerstattung der Kosten für die Verteidigung vor Gericht durch seinen Arbeitgeber oder andere gesetzlich oder vertraglich dazu verpflichtete Subjekte an die Gesellschaft ab und stimmt der entsprechenden Rechtsverfolgung zu.

Art. 16 – Indexierung - Anpassung von Höchstbetrag und Prämie

1. Der Höchstbetrag und die Prämie beruhen auf dem "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte", der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Dabei gilt:
a) Ausgangsbasis und Grundlage für die Anpassung im Laufe eines jeden Kalenderjahres ist der Index des Monats September des Vorjahres;
b) ist bei Fälligkeit der Jahresprämie eine Veränderung nach oben oder unten im Vergleich zum Anfangsindex oder seinem Äquivalent zu verzeichnen, so werden der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie proportional angehoben bzw. herabgesetzt;
c) Anhebung oder Herabsetzung erlangen mit Fälligkeit der Jahresprämie Wirksamkeit.
Der Höchstbetrag pro Schadensfall wird unter Bezugnahme auf das Eintrittsdatum festgelegt.
2. **Sollten infolge der Indexveränderung der Höchstbetrag und die Prämie das Doppelte der anfangs festgelegten Beträge übersteigen, so können sowohl die Gesellschaft als auch der Versicherungsnehmer auf die Anpassung der Police verzichten, und der Höchstbetrag und die Prämie bleiben auf dem Stand der letzten Anpassung**.
3. Sollte die Veröffentlichung der Indizes verspätet erfolgen oder ausbleiben, so schlägt die Gesellschaft eine Anpassung entsprechend der allgemein bekannten Preisänderungen seit der zuletzt durchgeführten Anpassung vor.
4. **Der Versicherungsnehmer hat die Möglichkeit, auf die vorgeschlagene Anpassung zu verzichten.**

Sonderversicherungsbedingungen

Art. 17 – Versicherte

1 Die in Art. 1 beschriebenen Leistungen werden zum Schutz der Rechte des Versicherungsnehmers, **der der Rechtsprechung der Verwaltungs-/Rechnungsgerichtsbarkeit untersteht,** für die versicherte Stellung und/oder Tätigkeit als Arzt oder Ausübender eines anderen Gesundheitsberufes erbracht, die dieser bei der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist, bekleidet bzw. ausübt und die auf dem Deckblatt der Police angegeben ist, in seiner Eigenschaft als:

- Verwalter und/oder Angestellter einer öffentlichen Körperschaft, auch als Arzt oder Ausübender eines anderen Gesundheitsberufes;
- Träger eines öffentlichen Wahlamtes.

2.Auf dem Deckblatt der Police sind alle Stellungen anzugeben, die der Versicherungsnehmer bei der öffentlichen Verwaltung bekleidet, sowohl als Verwalter bzw. Angestellter des öffentlichen Dienstes, als auch als Träger eines öffentlichen Wahlamtes.

Art. 18 – Wirksamkeit des Vertrages

Die in Art. 1 beschriebenen Leistungen werden zum Schutz der Rechte des Versicherungsnehmers erbracht:

- **für Ereignisse oder Vorgänge im Zusammenhang mit der Durchführung seiner Ämter und Aufgaben bei der in der Police genannten öffentlichen Körperschaft.** Gehört die öffentliche Körperschaft Verbänden oder Zusammenschlüssen mit Rechtspersönlichkeit an, um Kosten und Dienstleistungen zu optimieren, ist die Versicherungsdeckung für die institutionellen Tätigkeiten wirksam, die der Versicherte im Rahmen der Körperschaften ausübt, die zu dem Verband oder Zusammenschluss gehören, auch wenn er funktionell bei dem Verband oder Zusammenschluss angestellt ist.
- **für die Ausübung des Ärzteberufs oder eines anderen Gesundheitsberufes, wie er in der Police angegeben ist, für Ereignisse oder Vorgänge im Zusammenhang mit der Durchführung seiner Ämter und Aufgaben als Angestellter oder Verwalter bei der in der Police genannten öffentlichen Körperschaft.**

In allen Bereichen ist das Cyber-Risiko abgedeckt.

Art. 19 – Versicherte Leistungen

Sofern kein Dritter in der Leistungspflicht steht, sind die Rechtsschutzkosten gemäß Art. 1 für folgende Leistungen versichert.

Basismodul

1. Amtshaftung. Die Leistung deckt die Kosten für die Verteidigung im Falle der Amtshaftung, Rechnungshaftung und Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder für Verfahren **gegen den Versicherten vor dem Rechnungshof ab.**

1.1 Die Leistung ist wirksam, sofern das Verfahren endet mit:

- Verurteilung wegen schwerer Fahrlässigkeit,
- vorschriftsmäßiger Einstellung des Verfahrens, Einstellung weil kein Schaden vorliegt oder weil der Schaden behoben wurde, oder Urteil, in dem die Einstellung des Verfahrens verfügt wird,

mit Ausnahme der Fälle, in denen dem Versicherten vorsätzliches Verhalten vorgeworfen wird,

- Freispruch bei leichter Fahrlässigkeit oder weil keine schwere Fahrlässigkeit vorliegt, auch mit Ausgleich der Anwaltskosten, in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten ablehnt,**
- definitivem Freispruch, in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten aufgrund von Interessenskonflikt ablehnt.**

1.2 In allen anderen Fällen ist die Leistung nicht wirksam.

1.3 Die Gesellschaft streckt während des Verfahrens keine Beträge vor und erstattet die Verteidigungskosten erst, wenn das Verfahren eingestellt wurde oder wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliegt; die Pflicht des Versicherten, den Schadensfall zu melden, sobald er Kenntnis davon erlangt, wird davon nicht berührt. Werden die Anwaltskosten im Urteil festgelegt, so erstattet die Gesellschaft den Betrag im dort angegebenen Rahmen.

Komplettmodul

1. Amtshaftung. Die Leistung deckt die Kosten für die Verteidigung im Falle der Amtshaftung, Rechnungshaftung und Haftung bei der Verwaltung öffentlicher Gelder für Verfahren **gegen den Versicherten vor dem Rechnungshof ab.**

1.1 Die Leistung ist wirksam, sofern das Verfahren endet mit:

- Verurteilung wegen schwerer Fahrlässigkeit,
- vorschriftsmäßiger Einstellung des Verfahrens, Einstellung weil kein Schaden vorliegt oder weil der Schaden behoben wurde, oder Urteil, in dem die Einstellung des Verfahrens verfügt wird,

mit Ausnahme der Fälle, in denen dem Versicherten vorsätzliches Verhalten vorgeworfen wird,

- Freispruch bei leichter Fahrlässigkeit oder weil keine schwere Fahrlässigkeit vorliegt, auch mit Ausgleich der Anwaltskosten, in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten ablehnt,**
- definitivem Freispruch, in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten aufgrund von Interessenskonflikt ablehnt.**
1.2 In allen anderen Fällen ist die Leistung nicht wirksam.

2. Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen, einschließlich Verstöße in Steuer- und Verwaltungssachen**.**
2.1 Die Leistung ist wirksam, sofern das Verfahren endet mit:
- Verurteilung oder Strafzumessung auf Antrag der Parteien,
- vorschriftsmäßiger Einstellung des Verfahrens,
- Urteil, in dem die Einstellung des Verfahrens verfügt wird,
- Einstellung aufgrund der Sachlage, wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand, oder Freispruch, in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten aufgrund von Interessenskonflikt ablehnt.**
2.2 In allen anderen Fällen ist die Leistung nicht wirksam.

3. Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten, einschließlich Verstöße in Steuer- und Verwaltungssachen**.**
3.1 Die Leistung ist wirksam, sofern das Verfahren endet mit:
- Einstellung aufgrund der Sachlage, wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand,
- Abstufung der Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit,
- Freispruch,
in den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten aufgrund von Interessenskonflikt ablehnt.**
3.2 In allen anderen Fällen ist die Leistung nicht wirksam.
3.3 Falls das Urteil bei Einstellung und anschließender Wiederaufnahme des Verfahrens mit einer anderen Verfügung endet, als sie unter 3.1 angegeben sind, **verpflichtet sich der Versicherte, der Gesellschaft alle Kosten zurückzuerstatten, die sie eventuell für seine Verteidigung in sämtlichen Instanzen vorgestreckt hat.**

Bezogen auf die obigen Punkte 1, 2 und 3, streckt die Gesellschaft während des Verfahrens keine Beträge vor und erstattet die Verteidigungskosten erst, wenn das Verfahren eingestellt wurde oder wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliegt; die Pflicht des Versicherten, den Schadensfall zu melden, sobald er Kenntnis davon erlangt, wird davon nicht berührt. Werden die Anwaltskosten im Urteil festgelegt, so erstattet die Gesellschaft den Betrag im dort angegebenen Rahmen. Der Versicherte ist verpflichtet, der Gesellschaft rechtzeitig eine Kopie des Urteils zukommen zu lassen.

4. Beantragung von Schadenersatz für außervertragliche Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter, auch infolge eines Beitritts als Nebenkläger im Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei.

5. Beiziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit. Die Leistung wird ausschließlich für die Verfassung der Unterlagen zur Beiziehung zum Rechtsstreit erbracht.
Die Leistung gilt nicht, wenn die Haftpflichtversicherungsgesellschaft die ausbleibende Bezahlung oder Anpassung der Prämie oder die Meldung des Schadenfalles nach Ablauf der Verjährungsfristen beanstandet. Tritt ein solcher Fall ein, verpflichtet sich der Versicherte, von der Gesellschaft eventuell bereits vorgestreckte Anwalts- oder Gutachterkosten zu erstatten. Die Gesellschaft behält es sich vor, vom Versicherten eventuelle Nachweise dazu zu verlangen.

6. Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen. Die Leistung wird für die Einreichung einer Beschwerde oder eines Einspruchs gegen jede verwaltungsrechtliche Sanktion erbracht, die im Zusammenhang mit der Durchführung der in der Police angegebenen Tätigkeit verhängt wurde. Im Falle verwaltungsrechtlicher Geldstrafen gilt die Leistung, wenn die für den alleinigen Verstoß verhängte Strafe **€ 1.000,00 (eintausend) oder mehr** beträgt**.**

Art. 20 – Ausschlüsse

Sofern nichts Anderweitiges vorgesehen ist, gelten die Leistungen nicht für Schadensfälle im Zusammenhang mit:
a) dem Familien-, Erbschaft- oder Schenkungsrecht;
b) Steuersachen;
c) Ereignissen, die in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik, Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen stehen;

d) **Tätigkeiten im Bereich Atomkraft, vom Versicherten verursachten nuklearen oder genetischen Schäden, mit Ausnahme von Schäden, die durch medizinische Behandlung entstanden sind;**
e) **Ereignissen, die in ursächlichem Zusammenhang mit erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen stehen;**
f) **Patent, Marken, Urheber, oder Exklusivrechten, Wettbewerbsbeeinflussung, unlauterem Wettbewerb oder Kartellbestimmungen;**
g) **dem Kauf/Verkauf von Gesellschaftsanteilen oder Streitigkeiten zwischen Gesellschaftern und/oder Verwaltungsratsmitgliedern sowie zwischen diesen und dem Versicherungsnehmer;**
h) **dem Straßenverkehr sowie mit dem Besitz oder dem Führen von Wasser- oder Luftfahrzeugen, Schienen- oder Seilfahrzeugen;**
i) **vorsätzlich begangenen Straftaten der Versicherten;**
j) **nicht-zufälligen Ereignissen, die eine Umweltverschmutzung bewirkt haben;**
k) **Fusionen, Veränderungen oder Umgründungen von Gesellschaften;**
l) **Streitigkeiten und/oder Verfahren, die aus der Zeichnung derivativer Finanzinstrumente herrühren;**
m) **der Herstellung oder dem Vertrieb von Sprengstoffen oder Waffen oder militärischer Ausrüstung;**
n) **Verfahren vor dem regionalen Verwaltungsgericht TAR;**
o) **Streitigkeiten mit der Gesellschaft;**
p) **Streitigkeiten mit der öffentlichen Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist;**
q) **dem Beitritt zu einer Sammelklage (class action);**
r) **der Strafverteidigung wegen Kindesmisshandlung.**
s) **nachgewiesenen Tatsachen, auf welche die kommissarische Verwaltung der öffentlichen Körperschaft, bei der er beschäftigt ist, zurückzuführen ist.**
t) **Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.**

Art. 21 – Zusatzbedingungen

Die Zusatzbedingungen gelten nur, wenn sie ausdrücklich auf dem Deckblatt der Police angegeben sind und wenn der entsprechende Prämienzuschlag bezahlt wurde.

Zusatzbedingung RÜCKWIRKENDE KRAFT

1.In Abweichung von Art. 4 wird die Leistung rückwirkend für die Amtshaftung und, falls das Komplettmodul erworben wird, auch für die Strafverteidigung wegen Vorsatz, Fahrlässigkeit oder Zuwiderhandlungen für Ereignisse erbracht, die sich bis zu *1 (einem) Jahr / 2 (zwei) Jahren / 3 (drei) Jahren / (vier) Jahren / 5 (fünf) Jahren* vor Inkrafttreten des Vertrages ereignet haben.
2.Das gilt nur, wenn der Versicherte erst nach Inkrafttreten der Police von dem Schadensfall erfährt. Die Verteidigung vor dem Rechnungshof oder die Strafverteidigung im Zusammenhang mit Vorgängen, Ereignissen oder unrechtmäßigen Verhaltensweisen, die dem Versicherten bereits vor Gültigkeitsbeginn der vorliegenden Police bekannt waren oder in den ersten 3 (drei) Monaten ab Wirksamkeit derselben bekannt werden, sind nicht abgedeckt.
3.Hat der Versicherungsnehmer, vor dem vorliegenden Vertrag, die Unterschrift und die Prämienzahlung für eine Rechtsschutzpolice geleistet, die Schadensmeldungen auch nach Beendigung des Vertrages vorsieht, so verpflichtet sich der Versicherungsnehmer, vor Abschluss des vorliegenden Vertrages aufgetretene Schäden auch der Gesellschaft zu melden, bei der er vorher versichert war.
4.Ist ein Schadensfall durch eine andere, vom Versicherungsnehmer mit der Gesellschaft abgeschlossene Police für dasselbe Risiko abgedeckt, ist die vorliegende Zusatzbedingung wirkungslos.

Zusatzbedingung PLUS

1.Wahlämter. In den Fällen, in denen **die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, ausdrücklich, schriftlich und begründet die Bezahlung der Anwaltskosten ablehnt, weil der Versicherte ein Wahlamt bekleidet, ist die Leistung wirksam,** sofern das Verfahren endet mit:
- **für Schadensfälle der Amtshaftung** mit einem definitiven Freispruch;
- **für Schadensfälle der Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen** mit Einstellung aufgrund der Sachlage, wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand, oder mit Freispruch;
- **für Schadensfälle der Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten,** mit Einstellung aufgrund der Sachlage, wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand, mit Abstufung der Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit oder mit Freispruch. Falls das Urteil bei Einstellung und anschließender Wiederaufnahme des Verfahrens, mit einer anderen Verfügung endet, als sie oben angegeben sind, **verpflichtet sich der Versicherte, der Gesellschaft alle Kosten zurückzuerstatten, die sie eventuell für seine Verteidigung in sämtlichen Instanzen vorgestreckt hat.**

2. Ergänzung der von der Körperschaft übernommenen Kosten. Falls die öffentliche Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, oder andere Subjekte mit Leistungspflicht die vom Versicherten für seine Verteidigung in Strafverfahren oder in Verfahren der Amtshaftung vor dem Rechnungshof getragenen Kosten nur teilweise erstatten, übernimmt die Gesellschaft die Differenz zwischen dem erstatteten Betrag und dem **im Urteil oder einer sonstigen gerichtlichen Verfügung festgelegten Betrag oder, falls dies nicht vorliegt, der von dem Anwalt ausgestellten Honorarrechnung**. Im zuletzt genannten Fall behält es sich die Gesellschaft vor, die Angemessenheit der Honorarrechnung bei der Anwaltskammer zu hinterfragen. **Es ist Aufgabe des Versicherungsnehmers, die geeignete Dokumentation zu liefern, aus der die partielle Erstattung seitens der öffentlichen Körperschaft, bei der der Versicherte beschäftigt ist, oder seitens anderer Subjekte mit Leistungspflicht hervorgeht.**

Glossario

Ai seguenti termini la Società ed il Contraente attribuiscono convenzionalmente questi significati:

Arbitrato: istituto con il quale le parti, di comune accordo, rinunciano ad adire l'Autorità giudiziaria ordinaria per la risoluzione di vertenze concernenti l'interpretazione o l'esecuzione del contratto.
Assicurato: soggetto il cui interesse è protetto dall'assicurazione.
Assistenza giudiziale: attività di difesa di un legale quando si attribuisce al giudice la decisione sull'oggetto della vertenza.
Assistenza stragiudiziale: attività che viene svolta al fine di comporre qualsiasi vertenza prima del ricorso al giudice e per evitarlo.
Carica elettiva pubblica: l'attività svolta dall'Assicurato presso la Pubblica Amministrazione con la quale l'Assicurato ha un rapporto di impiego, di mandato o di servizio ottenuto attraverso un'elezione.
Carica nuova: l'attività esperita dall'Assicurato a seguito del conferimento allo stesso da parte dell'Ente di Appartenenza o dalla Pubblica Amministrazione in genere di specifica Delega Formale, in data successiva alla stipulazione dell'Assicurazione.
Carica pregressa: l'attività già svolta dall'Assicurato presso la Pubblica Amministrazione al momento della stipulazione dell'Assicurazione, ma non dichiarata dallo stesso nel Modulo di Sottoscrizione.
Costituzione di parte civile: azione civile promossa all'interno del processo penale;
Compensi per la trasferta: spese di viaggio e di soggiorno dovute dal cliente al proprio avvocato che, per l'esecuzione dell'incarico ricevuto, debba trasferirsi fuori dal proprio domicilio professionale.
Controparte: la parte avversaria in una vertenza.
Contraente: soggetto che stipula l'assicurazione.
Delitto colposo: è solo quello espressamente previsto come tale (e a tale titolo contestato) dalla legge penale e commesso per negligenza, imperizia, imprudenza o inosservanza di leggi, ma senza volontà né intenzione di causare l'evento lesivo.
Delitto doloso: qualsiasi delitto all'infuori di quelli espressamente previsti dalla legge come colposi o preterintenzionali.
Disdetta: atto con il quale viene comunicata l'intenzione di non rinnovare più, alla scadenza, il contratto assicurativo.
Ente Pubblico di Appartenenza: la Pubblica Amministrazione (anche comparto sanitario) con la quale l'Assicurato ha o abbia avuto un rapporto di impiego, di mandato o di servizio.
Fatto illecito: inosservanza di una norma di legge posta a tutela della collettività o comportamento che violi un diritto assoluto del singolo.
Indennizzo/Risarcimento: somma dovuta dalla Società in caso di sinistro.
Ivass (precedentemente denominato Isvap): Istituto di Vigilanza per le assicurazioni
Mediazione: istituto giuridico introdotto con il Decreto Legislativo n. 28 del 4 marzo 2010, per la composizione dei conflitti tra soggetti privati relativi a diritti disponibili.
Negoziazione assistita: accordo disciplinato dal Decreto Legge n. 132 del 12 settembre 2014, mediante il quale le parti convengono di cooperare in buona fede e con lealtà per risolvere in via amichevole la veretnza tramite l'assistenza di avvocati iscritti all'albo.
Organismo di mediazione: le procedure di mediazione possono essere gestite solo dagli organismi pubblici e privati iscritti a un apposito Registro presso il Ministero della giustizia. I requisiti e le modalità di iscrizione sono disciplinati in uno specifico decreto ministeriale.
Perito: Libero professionista incaricato dall'impresa di assicurazione di stimare l'entità del danno subito dall'assicurato o, nelle assicurazioni della responsabilità civile, dal terzo danneggiato in conseguenza di un sinistro.
Polizza: il documento contrattuale che disciplina i rapporti tra Società, Contraente e Assicurato composto dalle Condizioni di Assicurazione.
Premio: somma dovuta alla Società dal Contraente a corrispettivo dell'assicurazione.
Prescrizione: Estinzione del diritto per mancato esercizio dello stesso entro i termini stabiliti dalla legge.
Procedimento penale: inizia con la contestazione di presunta violazione di norme penali che viene notificata alla persona usualmente mediante informazione di garanzia. Questa contiene l'indicazione della norma violata ed il titolo (colposo – doloso - preterintenzionale) del reato ascritto.
Pubblica amministrazione: ogni personalità giuridica (quale a titolo esemplificativo Comuni, Province, Regioni, Comunità Montane/Isolane e simili, C.C.I.A.A., A.R.P.A., A.S.L. o A.U.S.L., Aziende Ospedaliere Pubbliche, Case di Ricovero/IPAB/A.S.P, Farmacie, Università, Aeroporti, Autorità Portuali, Aziende Forestali/Parchi, Enti o Associazioni Varie/Fondazioni, Musei, Organismi di Diritto Pubblico ed Enti Strumentali in genere) la cui attività sia soggetta alla giurisdizione della Corte dei Conti.
Querela: azione per mezzo della quale una persona che si ritiene offesa o danneggiata da reati non perseguibili d'ufficio chiede agli organi giudiziari di procedere contro il colpevole.
Reato: violazione di norme penali. I reati si distinguono in delitti o contravvenzioni e comportano pene diverse, detentive e/o pecuniarie (per delitti: reclusione, multa; per contravvenzioni: arresto, ammenda). I delitti si dividono poi, in base all'elemento soggettivo, in delitti dolosi, delitti preterintenzionali, delitti colposi, mentre nelle contravvenzioni la volontà è irrilevante.
Responsabilità amministrativa - Contabile e Giudizio di Conto: la responsabilità che incombe sull'Assicurato che, avendo violato obblighi o doveri derivanti dal proprio mandato o dal proprio rapporto di servizio con la Pubblica Amministrazione, abbia cagionato

una Perdita Patrimoniale o un Danno Erariale al proprio Ente di Appartenenza, ad un altro Ente Pubblico o, più in generale, allo Stato o alla Pubblica Amministrazione. Tale responsabilità implica l'esistenza di una gestione di beni, valori o denaro pubblico, da parte dell'Assicurato, detto "agente contabile.

Responsabilità extracontrattuale: è la responsabilità in capo al soggetto debitore di risarcire i danni cagionati al creditore in conseguenza della causazione di un fatto illecito**.**

Recesso: atto con il quale una delle parti può sciogliersi unilateralmente dal vincolo contrattuale al verificarsi di determinate **condizioni.**

Rischio cyber: violazione di legge o di contratto commessa con strumenti informatici o telematici che impedisce l'accesso, blocca, danneggia, distrugge sistemi o strumenti informatici o cattura o divulga i dati in essi contenuti

Sentenza definitiva (decisione passata in giudicato): giudicato è il provvedimento ormai divenuto incontrovertibile, cioè non più assoggettabile ai mezzi ordinari di impugnazione, o perchè è scaduto il termine per poterlo fare, o perchè sono già state esperite tutte le impugnazioni possibili. Quindi il provvedimento passato in giudicato è caratterizzato dall'incontrovertibilità della cosa giudicata, ovvero nessun giudice può nuovamente pronunciarsi su quella sentenza.

Sinistro: verificarsi dell'evento dannoso contemplato nel contratto assicurativo. Per evento dannoso si intende, in base alla natura della vertenza:

- il danno o un presunto danno extracontrattuale subito o causato dall'assicurato;
- la violazione o la presunta violazione del contratto;
- la violazione o la presunta violazione della norma di legge.

Società: l'impresa assicuratrice **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Spese arbitrali: spese sostenute per attivare la procedura arbitrale e per gli onorari dell'arbitro prescelto.

Spese legali: onorari e diritti del patrocinatore sensi di legge.

Spese liquidate: spese spettanti all'avvocato definite dal giudice in sede di sentenza.

Spese di domiciliazione: spese dell'avvocato che ha il domicilio nella circoscrizione del Tribunale competente per il giudizio qualora l'avvocato incaricato dall'assicurato risieda fuori da tale distretto.

Spese di soccombenza: spese liquidate dal giudice nel dispositivo della sentenza. Soccombente è la parte le cui pretese giuridiche non sono state riconosciute fondate dal giudice.

Spese di giustizia: spese del processo che in un procedimento penale il condannato deve pagare allo Stato. Nel giudizio civile, invece, le spese della procedura vengono pagate dalle Parti contemporaneamente allo svolgimento degli atti processuali e che a conclusione del giudizio il soccombente può essere condannato a rifondere.

Spese peritali: somme spettanti ai periti nominati dal Giudice (C.T.U. Consulenti Tecnici d'Ufficio) o dalla parte (Consulenti Tecnici di Parte).

Tacito rinnovo: è una clausola che prevede il rinnovo automatico del contratto alla scadenza.

Transazione: accordo con il quale le parti, facendosi reciproche concessioni, pongono fine ad una lite tra di loro insorta o la prevengono.

Tutela Legale: l'assicurazione Tutela Legale ai sensi del D.Lgs. 07/09/2005 n. 209 - Artt. 163/4 e 173/4 e correlati.

Unico sinistro: fatto dannoso e/o vertenza che coinvolge più assicurati.

Valore in lite: determinazione del valore del sinistro

Condizioni Generali di Assicurazioni

Definizioni: si rinvia integralmente al Glossario.

Art. 1 - Oggetto del contratto di assicurazione

1. La Società assicura le spese legali, le spese peritali, le spese di giustizia, processuali e di indagine non ripetibili dalla controparte, occorrenti all'Assicurato per la difesa dei suoi interessi**, nei casi indicati nella presente polizza.** Sono garantite le spese per l'intervento di un **unico Avvocato** per ogni grado di giudizio e le eventuali spese di soccombenza poste a carico dell'Assicurato. Sono inoltre garantite le spese legali anche quando la vertenza venga trattata mediante convenzione di negoziazione assistita o tramite il coinvolgimento di un organismo di mediazione. Sono infine riconosciute le spese dell'organismo di mediazione, nei casi di mediazione obbligatoria, e le spese dell'arbitro eventualmente sostenute dall'Assicurato.

2. Le operazioni di esecuzione forzata vengono garantite nel limite di 2 (due) tentativi per sinistro.

3. Le spese per la proposizione della querela sono riconosciute solamente qualora sia instaurato un procedimento penale nel quale la controparte sia rinviata a giudizio.

4. Non sono oggetto di copertura assicurativa i patti quota lite conclusi tra l'Assicurato e l'Avvocato.

5. **Sono escluse le indennità di trasferta e, nel caso in cui sia necessaria la domiciliazione, ogni duplicazione di onorari.**
6. **L'Assicurato è tenuto ad assumere a proprio carico gli oneri fiscali, le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al sinistro, al premio e/o alla polizza.**
7. **La Società non si assume il pagamento di multe, ammende, sanzioni pecuniarie in genere e delle spese liquidate a favore delle parti civili costituite contro l'Assicurato nei procedimenti penali .**
8. La lingua italiana è quella che fa fede ai fini della presente polizza.

Art. 2 – Indicazioni e dichiarazioni. Aggravamento o diminuzione del rischio

1. **Le dichiarazioni inesatte, le reticenze del Contraente o dell'Assicurato, relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della stipulazione del contratto o durante il corso dello stesso, possono comportare la perdita totale o parziale del diritto alle prestazioni assicurative nonché la cessazione dell'assicurazione.**
2. **La Società, una volta a conoscenza di circostanze aggravanti che comportino un premio maggiore, può richiedere la modifica delle condizioni in corso.**
3. **Nel caso di diminuzione del rischio la Società è tenuta a ridurre il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del Contraente** e rinuncia al relativo diritto di recesso.

Art. 3 – Altre assicurazioni

L'Assicurato deve comunicare alla Società l'esistenza e la successiva stipulazione di altre assicurazioni per lo stesso rischio e dare avviso dei sinistri a tutti gli assicuratori, indicando a ciascuno il nome degli altri.

Art. 4 - Effetto e durata del contratto

1. **Il contratto produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno indicato nella polizza, se il premio è stato corrisposto; in caso diverso produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui si effettua il pagamento,** ferme restando le scadenze stabilite nella polizza.
2. La prestazione assicurativa viene garantita per i sinistri che siano insorti:
- **durante il periodo di effetto del contratto**, se si tratta di danno o presunto danno extracontrattuale causato o subito dall'Assicurato o di violazione o presunta violazione della norma di legge penale o amministrativa;
- **trascorsi 3 (tre) mesi dalla data di effetto del contratto,** in tutte le restanti ipotesi.
3. **Qualora la presente polizza sia emessa senza alcuna interruzione della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente di Tutela legale, la carenza dei 3 (tre) mesi non opera per tutte le prestazioni già previste con la polizza precedente, mentre si intende operante a tutti gli effetti per le nuove prestazioni inserite con il presente contratto. Sarà pertanto onere del Contraente, in sede di denuncia di sinistro, fornire idonea documentazione atta a comprovare l'esistenza di una polizza precedente di Tutela legale.**
4. Il contratto ha la durata prevista dalla polizza e, **in mancanza di disdetta a mezzo lettera raccomandata, mezzi legalmente equivalenti o telefax spedito almeno 30 (trenta) giorni prima della scadenza, si rinnova tacitamente, ogni volta, per 1 (uno) anno.**

Art. 5 - Recesso per sinistro

1. **Dopo ogni denuncia di sinistro e fino al 30° (trentesimo) giorno dopo la sua definizione, le parti possono recedere in forma scritta dal contratto mediante lettera raccomandata AR, mezzi legalmente equivalenti o telefax, dando un preavviso di almeno 15 (quindici) giorni rispetto alla data di effetto del recesso.**
2. In ogni caso al Contraente è dovuto il rimborso della quota di premio imponibile relativa al periodo di rischio pagato e non goduto.

Art. 6 - Pagamento del premio e sospensione della copertura assicurativa

2. **Il premio è sempre determinato per il periodo di 1 (uno) anno**, ed è interamente dovuto anche se sia stato concesso il frazionamento rateale.
3. **Se il Contraente non paga le rate di premio successive alla prima, la copertura assicurativa resta sospesa dalle ore 24 (ventiquattro) del *AGENZIE 15° (quindicesimo) / BROKER / BANCHE 30° (trentesimo)* giorno successivo a quello di scadenza e produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ferme le successive scadenze previste. Resta salva la facoltà della Società di dichiarare risolto il contratto per inadempimento, a mezzo lettera raccomandata, con diritto di esigere il pagamento dei premi scaduti.**
4. I premi devono essere pagati alla Società ovvero all'intermediario incaricato.

Art. 7 - Insorgenza del sinistro

1. Ai fini del presente contratto, per insorgenza del sinistro si intende **la data in cui si verifica l'evento dannoso inteso, in base alla natura della vertenza, come:**

- il danno o presunto danno extracontrattuale subìto o causato dall'assicurato;
- la violazione o presunta violazione del contratto;
- la violazione o la presunta violazione della norma di legge.
- la condotta o la violazione o presunta violazione del contratto o della norma di legge che ha originato un danno erariale.

2. In presenza di più eventi dannosi della stessa natura, per il momento di insorgenza del sinistro si fa riferimento alla data del verificarsi del primo evento dannoso.
3. Si considerano come **unico sinistro,** a tutti gli effetti, **uno o più eventi dannosi tra loro collegati o consequenziali o riconducibili ad un medesimo contesto, anche quando coinvolgono una pluralità di soggetti. La data di insorgenza corrisponde a quella del primo evento dannoso.**

Art. 8 – Termini di denuncia del sinistro e fornitura dei mezzi di prova

1. L'Assicurato rendendosi parte diligente del contratto deve immediatamente denunciare alla Società qualsiasi sinistro nel momento in cui ne ha conoscenza, e in ogni caso nel rispetto del termine di prescrizione dei diritti derivanti dal contratto.
2. La denuncia del sinistro deve pervenire alla Società nel termine massimo di 24 (ventiquattro) mesi dalla data di cessazione del contratto.
3. Qualora la presente polizza sia emessa senza alcuna interruzione della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente della Società, il termine di denuncia dei sinistri decorre per tutte le polizze dalla data di scadenza della polizza più recente. Qualora a seguito della cessazione di uno o più incarichi, l'Assicurato con una nuova polizza emessa senza interruzione di copertura, assicuri i nuovi incarichi, la garanzia si estende per l'incarico cessato ai sinistri che siano insorti durante il periodo di validità della polizza precedente e che siano stati denunciati alla Società secondo i termini previsti nella nuova polizza.
4. Nel caso di pensionamento o morte dell'Assicurato o di cessazione dell'attività presso la Pubblica Amministrazione, **per qualsiasi motivo tranne licenziamento per giusta causa, in corso di polizza , l'Assicurazione è comunque operante per i sinistri denunciati alla Società nei 10 (dieci) anni successivi alla prima scadenza successiva ai predetti casi di pensionamento, morte o cessazione dell'attività. In tali casi l'Assicurazione è operante purché l'insorgenza del sinistro si sia verificata nel corso del periodo di effetto del contratto,** ma non successivamente al pensionamento, morte o cessazione dell'attività presso la Pubblica Amministrazione.
5. L'Assicurato deve informare immediatamente la Società in modo completo e veritiero di tutti i particolari del sinistro, nonché indicare i mezzi di prova, i documenti, l'eventuale esistenza di altri contratti assicurativi anche se sottoscritti dall'Ente pubblico di appartenenza o da altri soggetti terzi e, su richiesta, metterli a disposizione. In mancanza, **la Società non potrà essere ritenuta responsabile di eventuali ritardi nella valutazione della copertura assicurativa o nella gestione del sinistro, nonché di eventuali prescrizioni o decadenze che dovessero intervenire**. **L'Assicurato si impegna inoltre a denunciare il** sinistro agli altri Assicuratori e a fornire copia del riscontro da parte delle relative Compagnie.
6. L'assicurato, su richiesta della Società, si impegna a richiedere all'Ente Pubblico di appartenenza l'accesso agli atti necessari per la gestione del sinistro, e a fornire i relativi documenti.

Art. 9 - Gestione del sinistro

1. Ricevuta la denuncia, previa valutazione della copertura assicurativa e delle possibilità di far valere con successo le ragioni dell'Assicurato, **la Società gestisce la trattazione stragiudiziale della vertenza al fine di realizzarne** il bonario componimento. **La Società si riserva di demandare ad Avvocati di propria scelta la gestione stragiudiziale anche avanti ad organismi di mediazione.**
2. Ove il tentativo di definizione stragiudiziale o la mediazione non riescano, l'Assicurato comunica alla Società **gli elementi probatori e/o le argomentazioni su cui fondare l'azione o la resistenza in giudizio al fine di permettere alla Società di valutare le possibilità di successo. Qualora tale valutazione abbia esito positivo,** la gestione della vertenza viene affidata all'Avvocato scelto nei termini dell'art. **10 per la trattazione giudiziale**.
3. In sede penale o avanti la Corte dei Conti la difesa viene affidata direttamente all'Avvocato scelto nei termini dell'art. 10.
4. La garanzia assicurativa viene prestata anche per ogni grado successivo di procedimento qualora **l'impugnazione presenti possibilità di successo.**
5. In ogni caso la copertura delle spese legali per la transazione della vertenza, per l'instaurazione o la costituzione in giudizio e per la copertura delle spese per il Consulente Tecnico di Parte **devono essere preventivamente confermate dalla Società.**
6. La Società non è responsabile dell'operato dei Consulenti Tecnici.

Art. 10 – Libera scelta dell'Avvocato per la fase giudiziale

1.L'Assicurato, **limitatamente alla fase giudiziale** e in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale o avanti la Corte dei Conti, ha il diritto di scegliere liberamente l'Avvocato cui affidare la tutela dei propri interessi, purché **iscritto all'Albo degli Avvocati dell'Ufficio Giudiziario competente per la vertenza** oppure **del luogo di residenza del Assicurato. In quest'ultimo caso, se necessario, la Società indica il nominativo del domiciliatario .**
2. L'Assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione della vertenza o per la difesa penale all'Avvocato così individuato.

3. **L'Assicurato, nel rispetto del diritto della libera scelta del legale, si impegna ad ottemperare alle norme in materia di patrocinio legale dei dipendenti pubblici; in caso di mancato rispetto della normativa rimarranno a suo carico le eventuali spese legali non riconosciute per questo motivo dall'Ente di Appartenenza. Al momento della denuncia del sinistro, l'Assicurato comunica alla Società il nominativo del legale prescelto.**
4. **La Società non è responsabile dell'operato degli Avvocati.**

VERSIONE PER TUTTI

1. L'Assicurato **limitatamente alla fase giudiziale** e in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale o avanti la Corte dei Conti, ha il diritto di scegliere liberamente il legale cui affidare la tutela dei propri interessi, **purchè iscritto all'Albo degli Avvocati dell'Ufficio Giudiziario competente per la vertenza** oppure **dell'Ufficio Giudiziario di Torino e Milano. In quest'ultimo caso, se necessario, la Società indica il nominativo del domiciliatario.**
2. L'Assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione della vertenza o per la difesa penale all'Avvocato così individuato.
3. **L'Assicurato, nel rispetto del diritto della libera scelta del legale, si impegna ad ottemperare alle norme in materia di patrocinio legale dei dipendenti pubblici; in caso di mancato rispetto della normativa rimarranno a suo carico le eventuali spese legali non riconosciute per questo motivo dall'Ente Pubblico di appartenenza. Al momento della denuncia del sinistro, l'Assicurato comunica alla Società il nominativo del legale prescelto.**
4. **La Società non è responsabile dell'operato degli Avvocati.**

Solo per intermediari 1066/4849
*1.L'Assicurato **limitatamente alla fase giudiziale** e in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale o avanti la Corte dei Conti, ha il diritto di scegliere liberamente il legale cui affidare la tutela dei propri interessi, **purchè iscritto all'Albo degli Avvocati dell'Ufficio Giudiziario competente per la vertenza** oppure **dell'Ufficio Giudiziario di Torino e Milano. In quest'ultimo caso, se necessario, la Società indica il nominativo del domiciliatario.***
2.L'Assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione della vertenza o per la difesa penale all'Avvocato così individuato.
3. L'Assicurato, nel rispetto del diritto della libera scelta del legale, si impegna ad ottemperare alle norme in materia di patrocinio legale dei dipendenti pubblici; in caso di mancato rispetto della normativa rimarranno a suo carico le eventuali spese legali non riconosciute per questo motivo dall'Ente Pubblico di appartenenza. Al momento della denuncia del sinistro, l'Assicurato comunica alla Società il nominativo del legale prescelto.
4.La Società non è responsabile dell'operato degli Avvocati.

Art. 11 – Disaccordo con la Società e conflitto di interesse

1. In caso di disaccordo in merito alla gestione del sinistro tra l'Assicurato e la Società, la decisione può venire demandata ad un arbitro che decide secondo equità, designato di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal Presidente del Tribunale competente a norma del Codice di Procedura Civile. **Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato.** In via alternativa è possibile adire l'Autorità Giudiziaria, previo esperimento del tentativo di mediazione.
2. L'Assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio Avvocato nel caso di conflitto di interessi con la Società.

Art. 12 - Recupero di somme anticipate dalla Società

1. Spettano alla Società, se anticipati, gli onorari e le spese rimborsati all'Assicurato dalla controparte a seguito di provvedimento giudiziale o di transazione.
2. In tutti i casi in cui sia stata pagata una somma prevista dall'art. 1, la Società si riserva la facoltà di esercitare il diritto di surrogazione del terzo.

Art. 13 - Estensione territoriale

PER MODULO BASE
Le prestazioni valgono per i sinistri che siano insorti e che debbano essere trattati presso l'Ufficio Giudiziario competente nella Repubblica Italiana, nella Città del Vaticano e nella Repubblica di San Marino.

PER MODULO COMPLETO
Le prestazioni valgono per i sinistri che siano insorti e che debbano essere trattati presso l'Ufficio Giudiziario competente che si trovi nei territori di seguito indicati:

▪ **in Europa o negli stati extraeuropei posti nel bacino del mare Mediterraneo**, per la difesa penale, per la richiesta di risarcimento danni a terzi;
▪ **nei paesi dell'Unione Europea, nella Città del Vaticano, nella Repubblica di San Marino, nel Principato di Monaco, in Svizzera e nel Liechtenstein** per la chiamata in causa della Compagnia di assicurazione di Responsabilità Civile;
▪ **nella Repubblica Italiana, nella Città del Vaticano e nella Repubblica di San Marino** per le vertenze in materia amministrativa.

Art. 14 – Obbligo di pagamento delle spese legali in capo ad altri soggetti e coesistenza di coperture assicurative di Responsabilità civile o di Tutela legale

1. **Le prestazioni assicurative garantite dalla presente polizza sono erogate esclusivamente se ad esse non siano obbligati altri soggetti in virtù di norme di legge o di contratto. La polizza pertanto non opera se si realizzano le condizioni che consentono all'Assicurato di essere tenuto indenne anche parzialmente dal pagamento di oneri, in forza di previsioni di legge, per effetto di norme sulla contrattazione collettiva di lavoro o per altre circostanze.**
2. **Qualora il rischio oggetto della presente Assicurazione risulti garantito, in tutto od in parte, anche da altre coperture assicurative che garantiscano:**
- **la Responsabilità civile dell'Assicurato o dell'Ente Pubblico di appartenenza ,**
- **la Tutela legale dell'Assicurato, mediante polizza assicurativa stipulata successivamente alla presente polizza, o dell'Ente Pubblico di appartenenza,**

la presente polizza, nei limiti del massimale, delle prestazioni garantite e delle eventuali condizioni aggiuntive acquistate, opera in secondo rischio ovvero dopo l'esaurimento del massimale dovuto dall'assicuratore di Responsabilità civile per spese di resistenza e soccombenza o dall'assicuratore di Tutela Legale ovvero per la parte di rischio non coperta dalle medesime.
3. **In tutti gli altri casi la presente polizza, nei limiti del massimale, delle prestazioni garantite e delle eventuali condizioni aggiuntive acquistate, opera a primo rischio.**

Art. 15 – Facoltà di rivalsa

L'Assicurato cede alla Società tutti i diritti a conseguire dal proprio datore di lavoro, o da altri soggetti comunque obbligati in virtù di norme di legge o di contratto, il rimborso delle spese sostenute per la difesa in giudizio acconsentendo altresì all'esercizio delle relative azioni.

Art. 16 – Indicizzazione - adeguamento del massimale e del premio

1. Il massimale e il premio sono basati sul "numero indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati", pubblicato dall'ISTAT - Istituto Centrale di Statistica di Roma, in conformità a quanto segue:
a) nel corso di ogni anno solare viene adottato come base di riferimento iniziale e per gli aggiornamenti, l'indice del mese di settembre dell'anno precedente;
b) alla scadenza di ogni rata annuale, se si è verificata una variazione, in più o in meno, rispetto all'indice inizialmente adottato o al suo equivalente, il massimale, ed il corrispondente premio vengono aumentati o ridotti in proporzione;
c) l'aumento o la riduzione decorrono dalla scadenza della rata annua.
Il massimale per sinistro viene fissato con riferimento alla data di insorgenza.
2. **Qualora, in conseguenza delle variazioni dell'indice, il massimale ed il premio venissero a superare il doppio degli importi inizialmente stabiliti, sia la Società che il Contraente hanno la facoltà di rinunciare all'aggiornamento della polizza, ed il massimale ed il premio rimangono quelli risultanti dall'ultimo aggiornamento effettuato.**
3. In caso di eventuale ritardo od interruzione nella pubblicazione degli indici, la Società propone l'adeguamento tenendo conto delle variazioni notoriamente avvenute nei prezzi correnti rispetto all'ultimo adeguamento.
4. Il Contraente ha comunque la facoltà di rinunciare all'aggiornamento proposto.

Condizioni particolari

Art. 17 – Assicurati

1.Le garanzie previste all'art. 1 vengono prestate a tutela dei diritti del Contraente, **soggetto alla giurisdizione dell'autorità giudiziaria amministrativa/contabile,** per l'incarico e/o l'attività medica, o di operatore sanitario, assicurata svolta presso l'Ente Pubblico di appartenenza come risulta dal frontespizio di polizza, in qualità:
• di amministratore e/o dipendente di un Ente pubblico, anche come medico o operatore sanitario;
• di carica elettiva pubblica.
2. Gli incarichi riportati nel frontespizio devono corrispondere alla totalità di quelli svolti dal Contraente presso la Pubblica Amministrazione, sia come amministratore e/o dipendente pubblico che come soggetto che ricopre una carica elettiva pubblica.

Art. 18 – Ambito di operatività del contratto

1. Le garanzie previste all'art. 1 vengono prestate a tutela dei diritti del Contraente:

- **per fatti o atti inerenti allo svolgimento dei propri incarichi e mansioni presso l'Ente Pubblico di appartenenza indicato in polizza.** Qualora l'Ente Pubblico appartenga ad Associazioni o ad Unioni dotate di personalità giuridica al fine di ottimizzare costi e servizi, la copertura è operante per le attività istituzionali svolte dall'Assicurato nell'ambito degli Enti facenti parte delle predette Associazioni od Unioni, anche se funzionalmente alle dipendenze dell'Associazione o dell'Unione.
- **per l'esercizio dell'attività di medico o di operatore sanitario indicata in polizza per fatti o atti inerenti allo svolgimento dei propri incarichi e mansioni in qualità di dipendente o amministratore presso l'Ente Pubblico di appartenenza indicata in polizza.**

2. In ogni ambito è coperto il rischio cyber.

Art. 19 – Prestazioni garantite

Salvo il caso in cui sia obbligato un soggetto terzo, vengono garantiti gli oneri per la tutela legale previsti all'art. 1 per le seguenti prestazioni.

Modulo base

1. Responsabilità amministrativa. La prestazione garantisce le spese per sostenere la difesa per Responsabilità amministrativa, contabile e giudizio di conto per giudizi **instaurati avanti la Corte dei Conti nei confronti dell'Assicurato.**

1.1 La prestazione opera qualora il giudizio si concluda con:

- sentenza di condanna per colpa grave,
- archiviazione di rito, archiviazione per mancanza di danno o nel caso in cui lo stesso sia venuto meno, o sentenza di non doversi procedere, **salvo il caso in cui siano contestate all'Assicurato condotte di natura dolosa,**
- sentenza di assoluzione per colpa lieve o comunque per carenza di colpa grave, anche con compensazione delle spese legali, nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali,**
- sentenza di assoluzione per definitivo proscioglimento, nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali per conflitto di interessi**.

1.2 In tutti gli altri casi la prestazione non opera.

1.3 La Società non anticiperà alcuna somma nel corso del procedimento e rimborserà le spese di difesa sostenute in caso di archiviazione o quando la sentenza sia passata in giudicato, fermo restando l'obbligo per l'Assicurato di denunciare il sinistro nel momento in cui ne ha conoscenza. Nel caso in cui le spese legali siano liquidate in sentenza, la Società rimborserà l'importo nei limiti indicati nella stessa.

Modulo completo

1. Responsabilità amministrativa. La prestazione garantisce le spese per sostenere la difesa per Responsabilità amministrativa, contabile e giudizio di conto per giudizi **instaurati avanti la Corte dei Conti nei confronti dell'Assicurato.**

1.1 La prestazione opera qualora il giudizio si concluda con:

- sentenza di condanna per colpa grave,
- archiviazione di rito, archiviazione per mancanza di danno o nel caso in cui lo stesso sia venuto meno, o sentenza di non doversi procedere, **salvo il caso in cui siano contestate all'Assicurato condotte di natura dolosa,**
- sentenza di assoluzione per colpa lieve o comunque per carenza di colpa grave, anche con compensazione delle spese legali, nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali,**
- sentenza di assoluzione per definitivo proscioglimento, nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali per conflitto di interessi**.

1.2 In tutti gli altri casi la prestazione non opera.

2. Difesa penale per delitti colposi o contravvenzioni, comprese le violazioni in materia fiscale e amministrativa.

2.1 La prestazione opera qualora il giudizio si concluda con :

- sentenza di condanna o con applicazione della pena su richiesta delle parti ,
- archiviazione di rito,
- sentenza di non doversi procedere,
- archiviazione di merito per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato, o sentenza di assoluzione, nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali per conflitto di interessi.**

2.2 In tutti gli altri casi la prestazione non opera.

3.Difesa penale per delitti dolosi, comprese le violazioni in materia fiscale e amministrativa.

3.1 La prestazione opera qualora il giudizio si concluda con:

- archiviazione di merito per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato,
- derubricazione del reato da doloso a colposo,
- sentenza di assoluzione,

nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali per conflitto di interessi.**

3.2 In tutti gli altri casi la prestazione non opera.

3.3 Nei casi in cui il giudizio a seguito di archiviazione e successiva riapertura, si concluda con provvedimento diverso da quelli indicati al punto 3.1, **l'assicurato si impegna a restituire alla Società tutti gli oneri eventualmente anticipati per la difesa in ogni grado di giudizio.**

Relativamente ai precedenti punti 1, 2 e 3 la Società non anticiperà alcuna somma nel corso del procedimento e rimborserà le spese di difesa sostenute in caso di archiviazione o quando la sentenza sia passata in giudicato, fermo restando l'obbligo per l'Assicurato di denunciare il sinistro nel momento in cui ne ha conoscenza. Nel caso in cui le spese legali siano liquidate in sentenza, la Società rimborserà l'importo nei limiti indicati nella stessa. L'assicurato ha l'obbligo di trasmettere tempestivamente alla Società la copia della sentenza.

4. **Richiesta di risarcimento danni di natura extracontrattuale** per fatti illeciti di terzi, anche a seguito di costituzione di parte civile nell'ambito del procedimento penale a carico della controparte.

5. **Chiamata in causa della Compagnia di Responsabilità civile.** La prestazione viene garantita esclusivamente per la redazione degli atti funzionali alla chiamata in causa.

La prestazione non opera nel caso in cui la Compagnia di Responsabilità civile contesti il mancato pagamento o adeguamento del premio della polizza o la denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione. In tali casi l'Assicurato si obbliga a rimborsare le eventuali spese legali o peritali che la Società ha anticipato. In merito alle circostanze sopra elencate, la Società si riserva di richiedere all'Assicurato di fornire eventuale documentazione probatoria.

6. Opposizione a sanzioni amministrative. La prestazione opera per presentare ricorso od opposizione avverso ogni sanzione amministrativa relativa allo svolgimento dell'attività indicata in polizza. Nei casi di sanzione amministrativa pecuniaria, la prestazione vale allorché la somma ingiunta, per la sola violazione, **sia pari o superiore a € 1.000,00 (mille).**

Art. 20 – Esclusioni

Salvo quanto diversamente previsto, le prestazioni non sono valide per sinistri relativi:

a) al diritto di famiglia, delle successioni o delle donazioni;
b) alla materia fiscale;
c) a fatti conseguenti a tumulti popolari, sommosse popolari eventi bellici, atti di terrorismo, atti di vandalismo, terremoto, sciopero, serrate, detenzione od impiego di sostanze radioattive;
d) ad attività connesse al settore nucleare, a danni nucleari o genetici causati dall'assicurato, ad eccezione dei sinistri conseguenti a trattamenti medici;
e) a fatti conseguenti ad eventi naturali per i quali venga riconosciuto lo stato di calamità naturale o lo stato di allarme;
f) ai diritti di brevetto, marchio, autore, esclusiva o relativi a turbativa d'asta, concorrenza sleale o normativa antitrust;
g) a compravendite di quote societarie o a vertenze tra amministratori e/o soci o tra questi e il Contraente;
h) alla circolazione di veicoli, alla proprietà o alla guida di imbarcazioni, aeromobili o veicoli che viaggiano su tracciato veicolato o su funi metalliche;
i) a fatti dolosi delle persone assicurate;
j) a fatti non accidentali che abbiano causato inquinamento dell'ambiente;
k) a fusioni, modificazioni, trasformazioni societarie;
l) a vertenze e/o procedimenti originati dalla sottoscrizione di strumenti finanziari derivati;
m) alla fabbricazione o alla commercializzazione di esplosivi o alla fabbricazione di armi o di equipaggiamento militare;
n) a procedimenti avanti al TAR;
o) a vertenze con la Società;
p) a vertenze con l'Ente Pubblico di appartenenza;
q) all'adesione ad azioni di classe (class action);
r) alla difesa penale per abuso di minori;
s) a fatti accertati da cui sia derivato il Commissariamento dell'Ente Pubblico di appartenenza.
t) a vertenze con la Banca che intermedia il presente contratto.

Art. 21 – Condizioni aggiuntive

Valide solo se espressamente indicate nel frontespizio di polizza e pagato il relativo sovrappremio.

Condizione aggiuntiva RETROATTIVITÀ'

1. In deroga all'art. 4, la prestazione opera retroattivamente per la Responsabilità amministrativa e, qualora venga acquistato il Modulo completo, anche per la difesa penale per delitti dolosi o colposi e contravvenzioni, per fatti avvenuti fino *ad 1 (uno) anno / a 2 (due) anni / a 3 (tre) anni / a 4 (quattro) anni / a 5 (cinque) anni* anteriormente alla data di effetto del contratto.

2. Quanto sopra purché l'Assicurato abbia conoscenza del sinistro successivamente alla data di effetto della polizza. La difesa avanti la Corte dei Conti o la difesa penale relativi ad atti, fatti o comportamenti illegittimi che risultino già a conoscenza dell'Assicurato prima della decorrenza della presente polizza o entro i primi 3 (tre) mesi dalla data di effetto della stessa non sono oggetto di copertura.
3. Qualora il Contraente, precedentemente al presente contratto, abbia sottoscritto e corrisposto relativo premio per una polizza di Tutela legale che preveda la denuncia dei sinistri anche successivamente alla cessazione del contratto, il Contraente si impegna a denunciare i sinistri insorti prima della stipula del presente contratto anche alla Compagnia presso la quale era precedentemente Assicurato.
4. Qualora un sinistro sia coperto da altra polizza sottoscritta dal Contraente con la Società per il medesimo rischio, la presente condizione aggiuntiva non è operativa.

Condizione aggiuntiva PLUS

1. **Cariche elettive.** Nei casi in cui **l'Ente Pubblico di appartenenza opponga rifiuto espresso, scritto e motivato di pagamento delle spese legali perché l'assicurato ricopre una carica elettiva pubblica** la prestazione opera qualora il giudizio si concluda :
- **per i sinistri di responsabilità amministrativa,** con sentenza di assoluzione per definitivo proscioglimento,
- **per i sinistri di difesa penale per delitti colposi o contravvenzioni,** con archiviazione nel merito per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato, o con sentenza di assoluzione,
- **per i sinistri di difesa penale per delitti dolosi,** con archiviazione nel merito per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato, per derubricazione del reato da doloso a colposo, o con sentenza di assoluzione. Nei casi in cui il giudizio a seguito di archiviazione e successiva riapertura, si concluda con provvedimento diverso da quelli indicati, **l'assicurato si impegna a restituire alla Società tutti gli oneri eventualmente anticipati per la difesa in ogni grado di giudizio.**

2. **Integrazione spese pagate dall'Ente.** Nel caso in cui l'Ente pubblico di appartenenza o altri soggetti obbligati rimborsino solo parzialmente le spese sostenute dall'Assicurato per la difesa in procedimenti penali o di responsabilità amministrativa avanti la Corte dei Conti, la Società liquida la differenza tra quanto rimborsato e quanto **stabilito in sentenza o in altro provvedimento giudiziario o, in assenza, nella notula redatta dall'Avvocato**. In quest'ultimo caso, la Società si riserva la facoltà di chiedere congruità della notula all'Ordine Avvocati. **Sarà onere del Contraente fornire idonea documentazione atta a comprovare il pagamento parziale da parte dell'Ente pubblico di appartenenza o di altri soggetti obbligati.**

ANGABEN ZUR VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Verantwortliche der Datenverarbeitung ist ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia mit Geschäftssitz in Verona, Viale del Commercio 59 (nachfolgend kurz die Gesellschaft oder ARAG genannt). Die Verarbeitung der ihr gelieferten personenbezogenen Daten dient der Erstellung von Versicherungsangeboten, der Verwaltung des Versicherungsvertrags und der Bearbeitung der gemeldeten Schadensfälle, zur Erfüllung der vertraglich übernommenen Verpflichtungen.

Weitergehende Informationen über die Zwecke und Modalitäten der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie über die Rechte der betroffenen Person sind in der umfassenden Datenschutzerklärung für die Versicherungsnehmer enthalten, die auf der Webseite www.arag.it eingesehen werden kann. Für jegliche Information oder Antrag im Zusammenhang mit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an den DPO (Data Protection Officer) der Gesellschaft unter der E-Mail-Adresse servizio.privacy@arag.it wenden.